

## Übersicht

über die gefassten Beschlüsse in der 5. Sitzung des Kreisausschusses des Rhein-Sieg-Kreises am 21.06.2021:

TO.-Punkt	Beratungsgegenstand	Beschluss-Nr./Ergebnis	Abstimmungs-ergebnis
	<b>Öffentlicher Teil</b>		
1.	Niederschrift über die 4. Sitzung des Kreisausschusses am 17.05.2021	Anerkannt	
2.	Einwohnerfragestunde		
3.	Anregungen und Beschwerden gem. § 21 KrO NRW; hier: Aufhebung der angeordneten Testpflicht oder Vorlage eines Immunitätsnachweises für das Betreten des Kreishauses und Nebenstellen	44/21 Zustimmung	Einstimmig, Seite 11
4.	Bestellung eines stellvertretenden Schriftführers	45/21 Zustimmung	Einstimmig, Seite 12
5.	Umbesetzungen/Neubesetzungen von Ausschüssen und Gremien		
5.1.	Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE vom 26.04.2021: Umbesetzung im Ausschuss für Kultur und Sport	46/21 Empfehlung an KT	Einstimmig, Seite 12
5.2.	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion: Nachbesetzung von Ausschüssen	47/21 Empfehlung an KT	Einstimmig, Seite 13

5.3.	Antrag der AFD-Kreistagsfraktion vom 07.06.2021: Antrag auf Umbesetzung von Ausschüssen	49/21 Empfehlung an KT	Einstimmig, Seite 14,15
5.4.	Naturarena Bergisches Land GmbH; Gremienbesetzung	50/21 Empfehlung an KT	Einstimmig, Seite 15
5.5.	Landtagswahl 2022 Wahl der Beisitzer/innen des gemeinsamen Kreiswahlausschusses für die Landtagswahlkreise 25, 26, 28 und 29 – Rhein-Sieg-Kreis I, II, IV und V	51/21 Empfehlung an KT	Einstimmig, Seite 16
5.6.	Landtagswahl 2022 Wahl der Beisitzer/innen des Kreiswahlausschusses für den Landtagswahlkreis 27 – Rhein-Sieg-Kreis III – Euskirchen III	52/21 Empfehlung an KT	Einstimmig, Seite 17
5.7.	Nachwahl eines Mitglieds bei der Unteren Naturschutzbehörde, Nachwahl eines Stellvertretenden Mitglieds bei der Unteren Naturschutzbehörde	53/21 Empfehlung an KT	Einstimmig, Seite 18
5.8.	Antrag der FDP-Kreistagsfraktion: Antrag zur Ernennung eines stellvertretenden Mitglieds für den Ausschuss für	54/21 Empfehlung an KT	Einstimmig, Seite 18
6.	Wiederaufnahme des Antrags der SPD-Kreistagsfraktion vom 22.04.2020: Streaming von Sitzungen	55/21 Empfehlung an KT	MB./ SPD, LINKE, AfD, Seite 21
7.	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 05.05.2021: Industriestandort Niederkassel langfristig sicherstellen	56/21 Ablehnung	MB./ SPD, Seite 22

8.	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 18.05.2021: Regenbogenfahne am Kreishaus zum jährlichen IDAHOBIT am 17. Mai; Antrag der Kreistagsfraktionen CDU und GRÜNE vom 08.06.2021: Nicht-hoheitliche Beflaggung am Kreishaus	57/21 Empfehlung an KT	MB./ . AfD, Seite 24
8.1.	Antrag der Kreistagsfraktionen CDU und GRÜNE vom 08.06.2021: Nicht-hoheitliche Beflaggung am Kreishaus	Siehe TOP 8	
9.	Antrag der AfD-Kreistagsfraktion vom 25.05.2021: Testpflicht zum Betreten des Kreishauses sofort aussetzen		
10.	Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE vom 01.06.2021: Prüfung der Löhne auf Sittenwidrigkeit bei "Aufstockern" durch das Jobcenter	58/21 Verweis in den SozA	Einstimmig, Seite 24
11.	18. Änderung der Tarifordnung zur Taxenordnung für den Rhein-Sieg-Kreis - Anpassung der Beförderungsentgelte -	59/21 Empfehlung an KT	Einstimmig, Seite 25
11.1.	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion: "Keine Fahrpreiserhöhungen im VRS bis Ende 2022"	Beschlussfassung vertagt in den KT	
12.	Aufwandsentschädigung für die stellvertretenden Kreisbrandmeister im Ehrenamt sowie Funktionsträger der Kreiseinheiten zur Bewältigung von Großeinsatzlagen und Katastrophen im Bereich des Brandschutzes und der Hilfeleistung und Beauftragte für besondere Funktionen	60/21 Empfehlung an KT	Einstimmig, Seite 28

12.1.	Antrag der Kreistagsfraktionen von CDU und GRÜNE vom 10.06.2021: Starkregenhilfe für Hennef und Königswinter kurzfristig und unbürokratisch gewähren; Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 10.06.2021: Soforthilfen des Kreises; Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 10.06.2021: Soforthilfen des Kreises für Königswinter	61/21 Empfehlung an KT	Einstimmig, Seite 30
12.2.	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 10.06.2021: Soforthilfen des Kreises	Siehe TOP 12.1	
12.3.	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 10.06.2021: Soforthilfen des Kreises für Königswinter	Siehe TOP 12.1	
13.	Änderung von fünf Landschaftsplänen im Rhein-Sieg-Kreis	Von der TO abgesetzt	
14.	Abschluss einer Kooperationsvereinbarung mit den Kommunen des Rhein-Sieg-Kreises zum geförderten Breitbandausbau im Rahmen der "Grauen Flecken"-Förderung	62/21 Zustimmung	Einstimmig, Seite 31
15.	Bewerbung LEADER-Förderung 2021 - 2027	63/21 Zustimmung	Einstimmig, Seite 32
16.	Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit der Bundesstadt Bonn bzgl. der Bestellbefugnis für interlokale Verkehre	64/21 Empfehlung an KT	Einstimmig, Seite 32
17.	Kommunales Integrationsmanagement (KIM) - hier: Übernahme Eigenanteile Kommunales Integrationsmanagement	65/21 Empfehlung an KT	Einstimmig, Seite 33
18.	Frauenhaus des Rhein-Sieg-Kreises; neue Entgeltordnung	66/21 Zustimmung	Einstimmig, Seite 34

18.1.	Änderung der Satzung des Rhein-Sieg-Kreises über die Förderung der Kindertagespflege und die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Kindertagespflege sowie den Besuch von Tageseinrichtungen für Kinder	67/21 Empfehlung an KT	Einstimmig, Seite 35
18.2.	Pandemiebedingte Aussetzung der Elternbeiträge für Kindertagesstätten, Kindertagespflege und FOGS	68/21 Zustimmung	Einstimmig, Seite 36
19.	Änderung der Hauptsatzung für den Rhein-Sieg-Kreis	Beschlussfassung vertagt in den KT	
20.	Änderung der Geschäftsordnung für den Kreistag des Rhein-Sieg-Kreises; digitale Gremienarbeit	Beschlussfassung vertagt in den KT	
21.	Kenntnisnahme von Niederschriften		
21.1.	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 10.03.2021	Kenntnisnahme	
21.2.	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 22.04.2021	Kenntnisnahme	
21.3.	Kenntnisnahme von der Niederschrift über das online-Beratungsgespräch des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft am 13.04.2021	Kenntnisnahme	
22.	Mitteilungen und Anfragen  <b>Nichtöffentlicher Teil</b>		
23.	Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit der Bundesstadt Bonn bzgl. der Bestellbefugnis für interlokale Verkehre	69/21 Empfehlung an KT	Einstimmig, Seite 40

24.	Widerruf der Bestellung einer Prüferin im Prüfungsamt	70/21 Empfehlung an KT	Einstimmig, Seite 40
24.1.	Leitung des Amtes für Schule und Bildungs- koordinierung	71/21 Zustimmung	MB./ 1, Seite 41
25.	Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gem. § 50 Abs. 3 KrO NRW: Vergabe des Auftrages K 29.2 – Instandsetzung der Ortsdurchfahrt in Troisdorf-Spich	72/21 Genehmigung	Einstimmig, Seite 42
26.	Kenntnisnahme von Niederschriften		
26.1.	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den nichtöffentlichen Teil der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 22.04.2021	Kenntnisnahme	
27.	Mitteilungen und Anfragen		

## **N i e d e r s c h r i f t**

über die gefassten Beschlüsse in der 5. Sitzung des Kreisausschusses des Rhein-Sieg-Kreises am 21.06.2021:

---

<b>Sitzungsbeginn:</b>	<b>16:00 Uhr</b>
<b>Sitzungsende:</b>	<b>17:45 Uhr</b>
<b>Ort der Sitzung:</b>	<b>Kantine</b>
<b>Datum der Einladung:</b>	<b>09.06.2021</b>
<b>Einladungsnachtrag vom:</b>	<b>16.06.2021</b>

### **Anwesende Mitglieder:**

#### Landrat (Vorsitzender)

Herr Sebastian Schuster

#### Kreistagsabgeordnete CDU

Herr Jürgen Becker

Herr Dr. Torsten Bieber

Herr Björn Franken

Frau Notburga Kunert

Herr Michael Söllheim

Herr Andreas Sonntag

#### Kreistagsabgeordnete GRÜNE

Frau Michaela Balansky

Herr Horst Becker

Frau Nina Droppelmann

Herr Ingo Steiner

#### Kreistagsabgeordnete SPD

Herr Dietmar Tandler

Herr Denis Waldästl

Herr Anna Peters

#### Kreistagsabgeordneter FDP

Herr Christian Koch

5. Sitzung des Kreisausschusses am 21.06.2021		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen- /Antrags-Nr.

Kreistagsabgeordneter AfD

Herr Heinz Gernot Schäfer

Kreistagsabgeordneter DIE LINKE

Herr Frank Kemper

Schriftführer

Herr Dirk Kassel

**Entschuldigt fehlten:**

---

Vertreter/innen der Verwaltung:

Frau Udelhoven

Herr Grünhage

Herr Dr. Rudersdorf

Herr Schmitz

Herr Wagner

Herr Hahlen

Frau Böker

Frau Knorr

Frau Kohlhaas

Herr Kröder

Herr Dahm (Kreistagsbüro)

Frau Rellecke (Kreistagsbüro)

Frau Ortsiefer (Kreistagsbüro; Auszubildende)

5. Sitzung des Kreisausschusses am 21.06.2021		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen- /Antrags-Nr.

## Öffentlicher Teil

Allgemeine und Geschäftsordnungsangelegenheiten
---

Der Landrat eröffnete die 5. Sitzung des Kreisausschusses und begrüßte die Anwesenden.

Dann verwies er auf die Einladung vom 09.04.2021, auf den Einladungsnachtrag vom 16.06.2021 und auf die Tischvorlagen 1,2 und 3 vom 21.06.2021. Er stellte fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgt sei.

Zur Tagesordnung schlug er vor, den Antrag der FDP-Kreistagsfraktion „Antrag zur Ernennung eines stellvertretenden Mitglieds für den Ausschuss für Rettungswesen und Katastrophenschutz“ unter TOP 5.8 und die nachgereichte Vorlage der Verwaltung „Pandemische Aussetzung der Elternbeiträge für Kindertagesstätten, Kindertagespflege und FOGS“ unter TOP 18.2 zu beraten und ließ über die Erweiterung der Tagesordnung abstimmen.

**B.-Nr. 41/21** Der Kreisausschuss stimmt der Erweiterung der Tagesordnung mit den Tagesordnungspunkten 5.8 und 18.2 zu.

**Abst.-  
Erg.:** Einstimmig.

Dann schlug der Landrat vor, den Tagesordnungspunkt 13 von der Tagesordnung abzusetzen, da der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft eine Beschlussfassung hierüber in seine nächste Sitzung vertagt habe.

**B.-Nr. 42/21** Der Kreisausschuss setzt den Tagesordnungspunkt 13 von der Tagesordnung ab.

**Abst.-  
Erg.:** Einstimmig.

5. Sitzung des Kreisausschusses am 21.06.2021		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen- /Antrags-Nr.

Abg. Steiner beantragte, dass die Tagesordnungspunkte 8 und 8.1 sowie die Tagesordnungspunkte 12.1, 12.2 und 12.3 wegen des Sachzusammenhangs gemeinsam beraten werden sollen. Ebenso solle der Antrag der Kreistagsfraktionen von CDU und GRÜNE vom 21.06.2021 (Tischvorlage 3) gemeinsam mit dem Antrag der SPD-Kreistagsfraktion unter Tagesordnungspunkt 11.1 beraten werden.

Abg. Kemper beantragte, dass die Tagesordnungspunkte 19 und 20 auf eine spätere Sitzung verschoben werden, da er die Beschlussvorlagen hierzu erst am vergangenen Donnerstag erhalten habe.

Abg. Horst Becker schlug vor, die in Rede stehenden Tagesordnungspunkte in der heutigen Sitzung zu beraten und die Beschlussfassungen hierzu in die Sitzung des kommenden Kreistages zu vertagen.

Abg. Kemper teilte mit, er stimme dem Vorschlag zu und ziehe seinen Antrag zurück.

Weitere Wünsche zur Tagesordnung lagen nicht vor.

Dann ließ der Landrat über die geänderte Tagesordnung abstimmen.

B.-Nr.  
43/21

**Der Kreisausschuss stimmt der geänderten Tagesordnung zu.**

Abst.-  
Erg.:

**Einstimmig.**

5. Sitzung des Kreisausschusses am 21.06.2021		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen- /Antrags-Nr.

1	Niederschrift über die 4. Sitzung des Kreisausschusses am 17.05.2021	
---	--	--

Der Landrat teilte mit, dass Einwendungen nicht erhoben worden seien. Die Niederschrift gelte somit als anerkannt.

2	Einwohnerfragestunde	
---	----------------------	--

Der Landrat teilte mit, dass Einwohneranfragen nicht vorliegen.

3	Anregungen und Beschwerden gem. § 21 KrO NRW; hier: Aufhebung der angeordneten Testpflicht oder Vorlage eines Immunisierungsnachweises für das Betreten des Kreishauses und Nebenstellen	
---	--	--

Der Landrat verwies auf die eingereichten Bürgeranregungen. Die Verwaltung habe den Antragstellenden mitgeteilt, dass – angepasst an die aktuelle Entwicklung des Infektionsgeschehens – die Verpflichtung zur Vorlage eines negativen Testnachweises bzw. eines Immunisierungsnachweises zum Betreten des Kreishauses seit dem 01.06.2021 nicht mehr bestehe.

Von den Antragstellenden seien die Bürgeranregungen bisher nicht zurückgenommen worden.

Abg. Steiner merkte an, dass man die Einführung der Testpflicht für richtig gehalten habe. Sobald sich das Infektionsgeschehen wieder verschlechtere, sollte der Landrat durch die Koalition die Unterstützung erfahren, die Testpflicht wieder einzuführen.

Der Landrat schlug nachfolgenden Beschlussvorschlag vor und ließ hierüber abstimmen.

**B.-Nr.**  
**44/21**

**Der Kreisausschuss stellt fest, dass die Entscheidung über die Vorlage eines negativen Testnachweises als Voraussetzung zum Betreten des Kreishauses dem Landrat als Hausherrn obliegt und sich die vorgenannten**

5. Sitzung des Kreisausschusses am 21.06.2021		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen- /Antrags-Nr.

**Bürgeranregungen aufgrund der erfolgten Anpassung an die aktuelle Entwicklung des Infektionsgeschehens erledigt haben.**

**Abst.-**

**Erg.: Einstimmig.**

4	Bestellung eines stellvertretenden Schriftführers	
---	---	--

Der Landrat verwies auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

**B.-Nr.**

**45/21**

**Der Kreisausschuss bestellt auf Vorschlag des Landrates**

**Herrn Kreisamtmann Daniel Dahm unter dem Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs zum stellvertretenden Schriftführer des Kreisausschusses.**

**Abst.-**

**Erg.: Einstimmig.**

5	Umbesetzungen/Neubesetzungen von Ausschüssen und Gremien	
---	--	--

5.1	Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE vom 26.04.2021: Umbesetzung im Ausschuss für Kultur und Sport	
-----	---	--

Der Landrat verwies auf den Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE vom 27.04.2021.

**B.-Nr.**

**46/21**

**Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, nachfolgende Nachbesetzung zu beschließen:**

**Herr Hans-Jürgen Diekmann, wird als stellvertretender sachkundiger Bürger im Ausschuss für Kultur und Sport abberufen.**

**Frau Carolina Depiereux wird als stellvertretende sachkundige Bürgerin im Ausschuss für Kultur und Sport berufen.**

5. Sitzung des Kreisausschusses am 21.06.2021		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen- /Antrags-Nr.

**Abst.-****Erg.: Einstimmig.**

5.2	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion: Nachbesetzung von Ausschüssen	
-----	---	--

Der Landrat verwies auf den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 04.05.2021 sowie auf die nachgereichten Anträge vom 17.06.2021 und 21.06.2021.

**B.-Nr.  
47/21****Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, nachfolgende Umbesetzungen zu beschließen:****Ausschuss für Schule und Bildungskordinierung:**

Frau Kristina Görlitz wird neue stellvertretende Sachkundige Bürgerin.

**Ausschuss für Rettungswesen und Katastrophenschutz:**

Das Kreistagsmitglied Paul Lägel wird anstelle von Herrn Stefan Pohl (SKB) ordentliches Mitglied im Ausschuss.

Herr Stefan Pohl wird stellvertretender Sachkundiger Bürger.

**Ausschuss für Personal und Gleichstellung:**

Herr Stefan Pohl wird stellvertretender Sachkundiger Bürger.

**Abst.-****Erg.: Einstimmig.**

5. Sitzung des Kreisausschusses am 21.06.2021		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen- /Antrags-Nr.
5.3	Antrag der AFD-Kreistagsfraktion vom 07.06.2021: Antrag auf Umbesetzung von Ausschüssen	

Der Landrat verwies auf den Antrag der AFD-Kreistagsfraktion vom 07.06.2021 und auf die Vorlage der Verwaltung. Demnach sei zu Ziffer 1 und zu Ziffer 2 jeweils ein Beschluss zu fassen.

Zu Ziffer 1 des Beschlussvorschlages erläuterte der Landrat, das Herr v. Schlesinger sein Mandat nicht niedergelegt habe und an seine Mitgliedschaft in den Fachausschüssen festhalte. Eine Umbesetzung sei deshalb nicht möglich und müsse abgelehnt werden.

Abg. Steiner sagte, eine formelle Ablehnung der Umbesetzungen in Ziffer 1 sei nicht notwendig, da Herr v. Schlesinger seinen Ausschusssitz nicht zurückgegeben habe.

Abg. Schäfer erwiderte, man könne der Argumentation gegen eine Umbesetzung nicht zustimmen. Insofern werde man die Umbesetzungen in Ziffer 1 aufrechterhalten.

Abg. Horst Becker beantragte, der Kreisausschuss möge feststellen, dass er wegen des Widerspruchs der Person, die die Ausschusssitze innehat, nicht darüber abstimmen könne.

Dann ließ der Landrat über den Antrag des Abg. Horst Becker abstimmen.

**B.-Nr.**      **Der Kreisausschuss stimmt dem Antrag des Abg. Horst Becker zu.**  
**48/21**

**Abst.-**  
**Erg.:**      **Einstimmig.**

Auf Nachfrage des Landrates sagte Abg. Schäfer, man könne diesen Teil des Umsetzungsantrages als erledigt ansehen.

Dann ließ der Landrat über Ziffer 2 des Beschlussvorschlages abstimmen.

5. Sitzung des Kreisausschusses am 21.06.2021		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen- /Antrags-Nr.

**B.-Nr.**      2.) Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, nachfolgende Umbesetzung zu beschließen:  
**49/21**

**Ausschuss für Inklusion und Gesundheit (AIG)**

Herr Dirk Krazeise (SKB) wird zum neuen Mitglied für den zurückgetretenen Helmut Fischbach bestellt.

**Abst.-**

**Erg.:**      Einstimmig.

5.4	Naturarena Bergisches Land GmbH; Gremienbesetzung	
-----	---	--

Der Landrat verwies auf die nachgereichte modifizierte Vorlage der Verwaltung.

Zu Ziffer 2 des Beschlussvorschlages schlug Abg. Torsten Bieber hinsichtlich der Stimmführung Abg. Horst Becker vor.

Dann ließ der Landrat über den Beschlussvorschlag abstimmen.

**B.-Nr.**      Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:  
**50/21**

1.

Der Kreistag entsendet folgende Personen als Mitglieder in die Gesellschafterversammlung „Naturarena Bergisches Land GmbH“:

**Ständige Mitglieder Politik:**

a) Herr Florian Westerhausen (CDU)

Vertretung: Herr Norbert Büscher (BM Gemeinde Much)

b) Herr Horst Becker (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vertretung: Frau Nicole Berka (BM'in Gemeinde Neunkirchen-Seelscheid)

5. Sitzung des Kreisausschusses am 21.06.2021		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen- /Antrags-Nr.

**Ständiges Mitglied Verwaltung:**

Frau Brigitte Kohlhaas; Vertretung: Frau Carmen Döhnert

2.

Die Stimmführung wird Herrn Horst Becker übertragen.

**Abst.-****Erg.:**

Einstimmig.

5.5	Landtagswahl 2022 Wahl der Beisitzer/innen des gemeinsamen Kreiswahlausschusses für die Landtagswahlkreise 25, 26, 28 und 29 – Rhein-Sieg-Kreis I, II, IV und V	
-----	--	--

Der Landrat verwies auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Abg. Steiner benannte Frau Nina Droppelmann als Beisitzerin und Frau Michaela Balansky als ihre persönliche Stellvertreterin.

Dann ließ der Landrat über den Beschlussvorschlag abstimmen.

**B.-Nr.****51/21****Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag**

- durch einstimmige Annahme eines gemeinsamen Wahlvorschlages als Beisitzer/innen des gemeinsamen Kreiswahlausschusses für die Landtagswahlkreise 25, 26, 28 und 29 bzw. als deren Stellvertreter/innen zu wählen:

Beisitzer/in	persönliche/r Stellvertreter/in
1. Michael Solf (CDU)	Karl-Heinz Baumanns
2. Dr. Torsten Bieber (CDU)	Andreas Sonntag
3. Sabrina Gutsche (CDU)	Christian Sieberg
4. Katja Ruiters (SPD)	Gabi Jaax
5. Dietmar Tendler (SPD)	Gisela Becker
6. Nina Droppelmann (GRÜNE)	Michaela Balansky

**Abst.-****Erg.:**

Einstimmig.

5. Sitzung des Kreisausschusses am 21.06.2021		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen- /Antrags-Nr.

5.6	Landtagswahl 2022 Wahl der Beisitzer/innen des Kreiswahlausschusses für den Landtagswahlkreis 27 – Rhein-Sieg-Kreis III – Euskirchen III	
-----	---	--

Der Landrat verwies auf die Beschlussvorlage.

Abg. Koch benannte sich als Beisitzer und Frau Jana Rentsch als seine Stellvertreterin.

Abg. Steiner benannte Frau Nina Droppelmann als Beisitzerin und Frau Balansky als ihre Stellvertreterin.

Dann ließ der Landrat über den Beschlussvorschlag abstimmen.

**B.-Nr.**  
**52/21**

**Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag**

- **durch einstimmige Annahme eines gemeinsamen Wahlvorschlages als Beisitzer/innen des Kreiswahlausschusses für den Landtagswahlkreis 27 bzw. als deren Stellvertreter/innen zu wählen:**

Beisitzer/in	persönliche/r Stellvertreter/in
1. Michael Söllheim (CDU)	Jessica Thielen
2. Brigitte Donie (CDU)	Ralf Richard
3. Ute Krupp (SPD)	Julia Gruneberg
4. Nina Droppelmann (GRÜNE)	Michaela Balansky
5. Christian Koch	Jana Rentsch

**Abst.-**  
**Erg.:**

**Einstimmig.**

Da nach § 8 Abs. 2 LWahlG niemand in mehr als einem Wahlorgan Mitglied sein darf, teilte Abg. Steiner mit, dass eine erneute Benennung für den Beisitz und die Stellvertretung in der Sitzung des Kreistages erfolge.

5. Sitzung des Kreisausschusses am 21.06.2021		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen- /Antrags-Nr.

5.7	Nachwahl eines Mitglieds bei der Unteren Naturschutzbehörde, Nachwahl eines Stellvertretenden Mitglieds bei der Unteren Naturschutzbehörde	
-----	--	--

Der Landrat verwies auf die Beschlussvorlage.

**B.-Nr.**      **Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, als Nachfolger für**  
**53/21**

**1. Herrn Dr. Ralph Schöpwinkel**

**Herrn Heuser**  
**als neues Mitglied in den Beirat der Unteren Naturschutzbehörde zu wählen.**

**Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, als Nachfolger für**  
**2. Herrn Heuser**  
**Herrn Stieber als neues Stellvertretendes Mitglied in den Beirat der Unteren Naturschutzbehörde zu wählen.**

**Abst.-**

**Erg.:**      **Einstimmig.**

5.8	Antrag der FDP-Kreistagsfraktion: Antrag zur Ernennung eines stellvertretenden Mitglieds für den Ausschuss für	
-----	--	--

Der Landrat verwies auf den nachgereichten Antrag der FDP-Kreistagsfraktion.

**B.-Nr.**      **Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgende Umbesetzung zu beschließen:**  
**54/21**

**Ausschuss für Rettungswesen und Katastrophenschutz:**

**Der SkB Stephan Flockenhaus wird zum stellvertretenden Mitglied bestellt.**

5. Sitzung des Kreisausschusses am 21.06.2021		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen- /Antrags-Nr.

**Abst.-**

**Erg.:** **Einstimmig.**

6	Wiederaufnahme des Antrags der SPD-Kreistagsfraktion vom 22.04.2020: Streaming von Sitzungen	
---	--	--

Der Landrat verwies auf die Wiederaufnahme des Antrages der SPD-Kreistagsfraktion vom 22.04.2020 und auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Abg. Waldästl sagte, die SPD-Fraktion sei der Auffassung, dass das Streaming von Kreistagsitzungen ein lohnenswerter Schritt im Sinne von Transparenz, Bürgerbeteiligung und auch im Sinne des Grundsatzes des Öffentlichkeitsprinzips sei.

Er teilte mit, dass der Landrat und die Kreisdirektorin zurecht das Thema Digitalisierung als eines der Meilensteine und wichtigsten Punkte für den Rhein-Sieg-Kreis der nächsten Jahre vorgegeben hätten. Vor diesem Hintergrund sei auch eine digitale Übertragung von Sitzungen anzustreben.

Abg. Dr. Bieber bemerkte, die Koalition werde den Antrag heute aus mehreren Gründen ablehnen. Die Beschlussvorlage der Verwaltung habe ausreichend Anhaltspunkte gegeben, weshalb ein Streaming von Sitzungen derzeit nicht sinnvoll sei.

Seit Jahrzehnten würden die fachlichen Debatten in den Fachausschüssen geführt. Der Kreistag entscheide abschließend über die Beschlussempfehlungen der Fachausschüsse, wonach eine inhaltliche Diskussion in der Regel in den Sitzungen des Kreistages nicht mehr stattfindet.

Er wies zudem darauf hin, dass bei den Sitzungen in der Bundesstadt Bonn mit fast 360.000 Einwohner ca. 100-150 Zuschauer das Streaming-Angebot nutzen würden, obwohl bei Städten und Kommunen eine deutlich engere Verflechtung mit den Bürgerinnen und Bürger gegeben sei als bei Kreisen, wo die Kommune als Zwischeninstanz dazwischengeschaltet sei.

Die Koalition werde diesem Antrag heute nicht zustimmen.

Abg. Steiner ergänzte, es gäbe erhebliche Bedenken aufgrund des hohen Missbrauchspotenzials. In den Sozialen Medien bedeutet es ein Risiko, wenn diese Aufnahmen und in einer falsch wiederhergestellten anderen

5. Sitzung des Kreisausschusses am 21.06.2021		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen- /Antrags-Nr.

Darstellung veröffentlicht werden. Auf keinen Fall dürften ehrenamtliche Politikerinnen und Politiker im Internet bloßgestellt werden.

Hinsichtlich der Transparenz könne man die Argumente für die Durchführung eines Streamings nachvollziehen.

Jedoch seien die Zuständigkeiten des Kreistages nicht gleichzusetzen mit denen bei der Stadt Bonn oder der Stadt Köln. Aus diesem Grund sei eine Ratssitzung in Bonn oder Köln für die Zuschauerinnen und Zuschauer interessanter.

Das zweite Problem sei die bauliche Herausforderung der Sitzungssäle und der Datenschutz.

Der Fokus für das Streaming müsste zudem im Wesentlichen auf den Fachausschusssitzungen liegen, da dort die fachlichen Diskussionen geführt werden.

Abg. Koch teilte mit, das Angebot eines Livestreams sei in Bezug auf das Nutzerverhalten sehr aufwändig und sehr teuer. Es sei ein Anliegen der Politik, ihren Aufgabenbereich den Menschen näher zu bringen.

Dazu werde ein Livestream der Sitzungen allerdings nichts beitragen. Aus diesem Grund lehne die FDP-Kreistagsfraktion diesen Antrag ebenfalls ab.

Abg. Peters erklärte, dass sich die Arbeitsabläufe in Bornheim sehr denen im Rhein-Sieg-Kreis ähneln. Dort gäbe es ebenfalls Vorberatungen in den Ausschüssen sodass im Rat die Diskussionen entsprechend kürzer und auch weniger intensiv seien. Es stelle sich die Frage, weshalb in Bornheim ein Antrag von CDU und GRÜNE gestellt wurde, jedoch auf Kreisebene abgelehnt werde.

Abg. Kemper erklärte, viele Diskussionen würden in den Fachausschüssen stattfinden. Deswegen sollte man dies nicht nur ausschließlich auf den Kreistag begrenzen.

Bezüglich der Problematik im Zuschauerbereich teilte er mit, dass diese Bereiche entsprechend mit Hinweisen auf Filmaufnahmen ausgewiesen werden können.

Abg. Söllheim wies darauf hin, dass es sich bei dem gestellten Antrag in Bornheim um einen Prüfauftrag handele, der Aufschluss über die Kosten eines Streamings sowie über den Nutzen geben solle.

5. Sitzung des Kreisausschusses am 21.06.2021		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen- /Antrags-Nr.

Abg. Schäfer merkte an, er begrüße den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion. Auch bei 200 bis 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmern beim Streaming gäbe es den Aspekt der Transparenz.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. Dann ließ der Landrat über den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion abstimmen.

**B.-Nr. 55/21**      **Der Kreisausschuss lehnt den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion ab.**

**Abst.-**  
**Erg.: MB./ SPD, LINKE, AfD.**

7	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 05.05.2021: Industriestandort Niederkassel langfristig sicherstellen	
---	---	--

Der Landrat verwies auf den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion.

Abg. Waldästl sagte, es sei die Intention des Antrages, dass man sich in einer gemeinsamen Fachausschusssitzung mit den Plänen der Ansiedlung von PCC auf dem Gelände der Evonik in Niederkassel befassen wolle.

Im Hinblick auf den Wirtschaftsfaktor für den Rhein-Sieg-Kreis und die berechtigten Interessen der Anwohnerinnen und Anwohner bzw. den Bürgerinitiativen gelte es, eine sinnvolle Abwägung zu treffen.

Hierfür halte er eine Vorstellung des Projektes durch Experten für sinnvoll, um sich ein eigenes Bild zu machen und sich entsprechend zu positionieren. Es gehe ebenso um den Umweltschutz und die Anwohnerinteressen.

Der Landrat erwiderte, es läge derzeit kein Antrag der Firma PCC vor. Absehbar werde ein solcher Antrag, wenn er gestellt werden sollte, zur Zuständigkeit der Bezirksregierung führen, sodass der Rhein-Sieg-Kreis lediglich als Träger öffentlicher Belange berührt sei.

5. Sitzung des Kreisausschusses am 21.06.2021		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen- /Antrags-Nr.

Darüber hinaus würden gemeinsame Sitzungen eine Anmietung einer größeren Veranstaltungsstätte erfordern, da - erst recht unter Corona-Regeln - das Kreishaus keine ausreichend großen Sitzungsräume aufweise. Eine externe Anmietung würde pro Sitzung erfahrungsgemäß einen mittleren vierstelligen Betrag kosten.

Abg. Steiner sagte, er sei der Ansicht, dass es sich bei dieser Thematik um eine kommunale Angelegenheit handele, sodass sich die kommunale Seite zunächst eine Meinung bilden müsse. Er bitte darum, dass der Rhein-Sieg-Kreis nicht in die Kompetenzen der Kommunen eingreife. Aus diesem Grund werde man den Antrag ablehnen.

Abg. Kemper sagte, man sehe ebenfalls die Zuständigkeit bei der Stadt Niederkassel. Zudem vermisse man in der Liste der Eingeladenen die Naturschutzverbände. Seine Fraktion werde den Antrag ablehnen.

Abg. Horst Becker sagte, der Landrat habe mit der Aussage Recht, wonach der Rhein-Sieg-Kreis als Träger öffentlicher Belange später zu beteiligen sei. Er bat darum, dass dann die Stellungnahme in den zuständigen Fachausschüssen beraten werde.

Abg. Waldästl erwiderte, es gehe darum, dass der Rhein-Sieg-Kreis frühzeitig seiner Verantwortung für die Wirtschaftsförderung sowie für den Klima- und Umweltschutz gerecht werde und nicht erst, wenn die entsprechenden Anträge gestellt seien. Von daher halte seine Fraktion den Antrag aufrecht.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. Dann ließ der Landrat über den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion abstimmen.

**B.-Nr.**      **Der Kreisausschuss lehnt den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion ab.**  
**56/21**

**Abst.-**  
**Erg.:**      **MB./ . SPD.**

5. Sitzung des Kreisausschusses am 21.06.2021		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen- /Antrags-Nr.
8	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 18.05.2021: Regenbogenfahne am Kreishaus zum jährlichen IDAHOBIT am 17. Mai; Antrag der Kreistagsfraktionen CDU und GRÜNE vom 08.06.2021: Nicht-hoheitliche Beflaggung am Kreishaus	

Der Landrat bemerkte, obwohl die Rechtslage eindeutig sei, werde er ab dem nächsten Jahr die Regenbogenfahne zum jährlichen IDAHOBIT hissen lassen. Darüber hinaus verwies er auf die eingereichten Anträge der SPD-Kreistagsfraktion sowie der Kreistagsfraktionen von CDU und GRÜNE.

Abg. Waldästl teilte mit, dass seine Fraktion ihren Antrag als erledigt betrachte, da die Zielsetzung erreicht worden sei. Darüber hinaus sehe er keine Notwendigkeit über den Antrag der Koalition von CDU und GRÜNE einen Beschluss zu fassen.

Abg. Steiner teilte mit, dass die Koalition ihren Antrag aufrechterhalten werde, da man ausdrücklich die Erklärung des Landrates hinsichtlich des Hissen der Regenbogenfahne begrüßen wolle.

Abg. Koch sagte, er finde es richtig, dass der Landrat in seiner Zuständigkeit als Behördenleitung die Entscheidung zum Hissen der Regenbogenfahne getroffen habe. Sollte die Koalition ihren Antrag jedoch in dieser Form aufrechterhalten, würde er um getrennte Abstimmung der beiden Absätze im Beschlussvorschlag bitten. Er würde sodann den ersten Absatz im Beschlussvorschlag ablehnen und dem zweiten Absatz zustimmen.

Abg. Dr. Bieber schlug vor, dass der erste Absatz des Beschlussvorschlages der Koalition in die Begründung des Antrags mit folgender Formulierung verschoben werde: Nach dem Erlass des Innenministeriums Nordrhein-Westfalen vom 15.12.2003 ist die Entscheidung über das Hissen von nicht-hoheitlichen Flaggen an Dienstgebäuden des Landes dem Leiter der Dienststelle zugewiesen.

Somit könne über den letzten Absatz des Beschlussvorschlages im Antrag abgestimmt werden. Die rechtlichen Aspekte seien demnach in der Begründung des Antrags hinterlegt.

5. Sitzung des Kreisausschusses am 21.06.2021		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen- /Antrags-Nr.

Dann ließ der Landrat über den modifizierten Beschlussvorschlag abstimmen.

**B.-Nr.**      Der Kreistag begrüßt die Erklärung des Landrates in der Pressekonferenz  
**57/21**      am 02.06.2021, zukünftig am 17. Mai d. J. als Zeichen des Respekts und  
der Toleranz zum Tag gegen Homo-, Bi-, Inter- und Transphobie  
(IDAHOBIT) die Regenbogenfahne am Kreishaus hissen zu lassen.

**Abst.-**  
**Erg.:**      MB./ . AfD.

8.1	Antrag der Kreistagsfraktionen CDU und GRÜNE vom 08.06.2021: Nicht-hoheitliche Beflaggung am Kreishaus	
-----	---	--

Siehe TOP 8.

9	Antrag der AfD-Kreistagsfraktion vom 25.05.2021: Test- pflicht zum Betreten des Kreishauses sofort aussetzen	
---	---	--

Auf Nachfrage des Landrates teilte Abg. Schäfer mit, dass der Antrag seiner Fraktion als erledigt betrachtet werden könne.

10	Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE vom 01.06.2021: Prüfung der Löhne auf Sittenwidrigkeit bei "Auf- stockern" durch das Jobcenter	
----	---	--

Der Landrat schlug vor, der Antrag zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Soziales und Integration zu verweisen.

**B.-Nr.**      Der Kreisausschuss verweist den Antrag zur weiteren Beratung in den  
**58/21**      Ausschuss für Soziales und Integration.

**Abst.-**  
**Erg.:**      Einstimmig.

5. Sitzung des Kreisausschusses am 21.06.2021		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen- /Antrags-Nr.

11	18. Änderung der Tarifordnung zur Taxenordnung für den Rhein-Sieg-Kreis - Anpassung der Beförderungsentgelte -	
----	---	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Planung und Verkehr.

**B.-Nr.**      **Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, die der Beschlussvorlage als**  
**59/21**      **Anhang 1 beigefügte 18. Änderungsverordnung der Tarifordnung zur Taxenordnung für den Rhein-Sieg-Kreis vom 16.02.1971 in der Fassung vom 24.06.2021 zu erlassen.**

**Abst.-**  
**Erg.:**      **Einstimmig.**

11.1	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion: "Keine Fahrpreiserhöhungen im VRS bis Ende 2022"	
------	--	--

Der Landrat verwies auf den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion sowie auf die nachgereichte Tischvorlage 3 der Kreistagsfraktionen von CDU und GRÜNE.

Abg. Waldästl sagte, die Koalition sowie die SPD-Kreistagsfraktion seien sich anhand der Anträge in einigen Punkten einig. Insbesondere die Punkte 1 bis 3 des Koalitionsantrages könne man zustimmen. Es fehle jedoch die Formulierung unter Punkt 3 des Antrages seiner Fraktion, der auf die anstehende Diskussion in den Gremien und des VRS abziele, wie mit den Einnahmeverlusten umzugehen sei. Aus verschiedenen Medienberichten sei zu entnehmen, dass es aufgrund der Pandemie und der zurückgehenden Fahrgastzahlen zu erheblichen Verlusten im ÖPNV komme. Aus Sicht seiner Fraktion dürfe das nicht auf die Fahrgäste umgelegt werden. Insbesondere bei den Einzeltickets habe man eine sehr teure Tarifstruktur. Aus diesem Grund sei eine Erhöhung der Fahrpreise im VRS im Jahre 2022 nicht akzeptabel.

Der Passus, wonach die Vertreter des Kreises in den Gremien des VRS angewiesen werden, keiner Fahrpreiserhöhung zuzustimmen, sei für seine Fraktion elementar. Er verdeutliche, dass die Kommunalpolitikerinnen und

5. Sitzung des Kreisausschusses am 21.06.2021		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen- /Antrags-Nr.

Kommunalpolitiker des Kreistages keine Fahrpreiserhöhung wollen. Man müsse alles dafür tun, dass der ÖPNV preiswerter und attraktiver werde.

Aus diesem Grund schlage er im Sinne eines gemeinsamen Votums vor, dass die Punkte 2 und 3 des Antrages seiner Fraktion ergänzend an die Punkte des Antrages der Koalition beigefügt werden.

Abg. Steiner erwiderte, eine Fahrpreiserhöhung sei bisher nicht diskutiert worden. Man wolle im VRS den ÖPNV attraktiver machen, indem man Ende des Jahres das entfernungsabhängige Ticket als Dauertarifmodell in das Tarifsysteem integriere. Nach dem Übergang vom Pilotprojekt in den Regelbetrieb werde es diesen entfernungsabhängigen Tarif in ganz NRW geben und somit die „Kreisungerechtigkeit“ an den Kreisgrenzen entfallen. Weiter merkte Abg. Steiner an, dass die Verbandsversammlung des VRS für eine Entscheidung über einen Höchsttarif eine 2/3 Mehrheit benötige. Diese sei jedoch schwierig zu erreichen.

Bezüglich des Jobtickets werde es ein entsprechendes Pilotmodell für bisher nicht berücksichtigte Unternehmen zwischen 100 und unter 5.000 Beschäftigten geben. Das habe man als Rhein-Sieg-Kreis auf dem Weg gebracht, um einen günstigen attraktiven Preistarif zu ermöglichen. Deshalb bitte er um Zustimmung zum Antrag der Koalition.

Der Landrat ergänzte, als Verbandsvorsteher und Vorsitzender des Tarifbeirates habe er sich das juristische Procedere darlegen lassen. Ein Beschluss zu Ziffer 3 des Antrages der SPD-Kreistagsfraktion sei nicht zielführend und gehe ins Leere.

Abg. Tandler sagte, wenn niemand die Fahrpreise erhöhen möchte, könne man diesen Aspekt durchaus in einem gemeinsamen Antrag berücksichtigen.

Anhand von Statistiken sei erkennbar, dass sich die Verkehrsmittelwahl während der Pandemie und auch danach erheblich verändern werde. Darauf werde der VRS sicherlich noch Einfluss nehmen. Es gehe letztendlich darum zu verdeutlichen, dass man sich immer wieder mit der Tarifdiskussion beschäftigen müsse. Deshalb sei ein Signal an die Öffentlichkeit gegen eine Fahrpreiserhöhung wichtig.

5. Sitzung des Kreisausschusses am 21.06.2021		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen- /Antrags-Nr.

Der Landrat bemerkte, Ziffer 2 des Antrages der SPD-Kreistagsfraktion sei als politischer Antrag zu werten, über den abgestimmt werden könne. Ziffer 3 des Antrages beinhalte eine rechtliche Unmöglichkeit, die den rechtlichen Regeln zuwiderlaufe.

Abg. Tandler erwiderte, falls das der entscheidende Punkt sei, könne man im Sinne eines Konsens Ziffer 3 in dem Antrag seiner Fraktion streichen.

Abg. Steiner verwies auf die Tarifikalkulationen und die Umrechnungsmodalitäten auf die einzelnen Tarifsegmente. Ein Jobticket für jeden sei ein großer Gewinn, der aber mit einer Verschiebung der Tarifverhältnisse einhergehe: Ein Kauf von günstigen Jobtickets führe aber auch zu Mindereinnahmen. Um das zu kompensieren ohne die Aufgabenträger zu belasten, müssen unter Umständen andere Fahrpreise kalkuliert und ggf. erhöht werden.

Man tue dem VRS keinen Gefallen, wenn man ihm diese Möglichkeit nehme, da in Folge dessen neue Modelle wie das „Jobticket für alle“ schnell verweigert würden.

Abg. Tandler schlug vor, dass man in der heutigen Sitzung auf eine Beschlussfassung verzichte, um bis Donnerstag zur Kreistagssitzung einen Gemeinsamen Beschlussvorschlag zu formulieren.

Abg. Steiner sagte, die Koalition wolle ihren Antrag aufrechterhalten, da dieser alles Wesentlich beinhalte. Man könne über den Antrag in der heutigen Sitzung abstimmen.

Abg. Koch teilte mit, der Antrag der Kreistagsfraktionen von CDU und GRÜNE sei für ihn persönlich sehr kurzfristig vorgelegt worden und er habe demnach noch hinsichtlich einer Beschlussfassung Abstimmungsbedarf mit seiner Fraktion. Er könne am Donnerstag in der Kreistagssitzung eine finale Entscheidung treffen.

Abg. Tandler bat darum, falls eine Abstimmung in der heutigen Sitzung erfolge, dass Punkt 2 des Antrages gesondert abgestimmt werde.

Abg. Dr. Bieber fragte, ob eine punktuelle Abstimmung eines Antrages möglich sei.

5. Sitzung des Kreisausschusses am 21.06.2021		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen- /Antrags-Nr.

*Der Landrat unterbrach daraufhin die Sitzung für sieben Minuten zwecks Beratung.*

Nach der Beratung eröffnete der Landrat wieder die Sitzung und übergab das Wort dem Abg. Steiner.

Abg. Steiner teilte mit, man habe sich mit Abg. Tandler darauf verständigt, dass man eine Beschlussfassung in der Angelegenheit in die kommende Sitzung des Kreistages verschieben wolle. Man wolle versuchen, bis dahin einen gemeinsamen Antrag zu formulieren und dieses mit dem Geschäftsführer für Tarife im VRS vorab abstimmen.

Der Landrat stellte abschließend fest, dass Einvernehmen bestand, eine Beschlussfassung in die Sitzung des Kreistages zu vertagen.

12	Aufwandsentschädigung für die stellvertretenden Kreisbrandmeister im Ehrenamt sowie Funktionsträger der Kreiseinheiten zur Bewältigung von Großeinsatzlagen und Katastrophen im Bereich des Brandschutzes und der Hilfeleistung und Beauftragte für besondere Funktionen	
----	--	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Rettungswesen und Katastrophenschutz und trug nachfolgenden modifizierten Beschlussvorschlag vor:

**B.-Nr.**      **Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag folgenden Beschluss zu fassen:**  
**60/21**

**Neuberechnung der Aufwandsentschädigungen für die beiden ehrenamtlichen Kreisbrandmeister**

**Bezug; § 1 Abs. 2 Nr. 2 a) bb) sowie § 3 Abs. 1 Nr. 3 (EntschVO)**

**Vom o.g. Grundbetrag ausgehend, werden 50 % von diesem Satz als Aufwandsentschädigung festgesetzt. Die Entschädigung beträgt somit zur Zeit 715,20 € monatlich.**

5. Sitzung des Kreisausschusses am 21.06.2021		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen- /Antrags-Nr.

**Neufestsetzung Einheitsführer und Stellvertreter von Kreiseinheiten sowie Beauftragte für besondere Funktionen**

Bezug; § 1 Abs. 2 Nr. 2 a) bb) der (EntschVO)

Vom o.g. Grundbetrag ausgehend, werden 25 % von diesem Satz als Aufwandsentschädigung für die Einheitsführer und Beauftragten sowie die Hälfte dieses Satzes für die Stellvertretungen festgesetzt.

Die Entschädigungen betragen somit zur Zeit für

- Einheitsführer und Beauftragte = 119,20 €
- Stellvertretungen = 59,60 €

monatlich.

Den pauschalen Aufwandsentschädigungen ab dem 01.01.2021, auf Grundlage der Verordnung über die Entschädigung der Mitglieder kommunaler Vertretungen und Ausschüsse (Entschädigungsverordnung – EntschVO) vom 05. Mai 2014, in der jeweils gültigen Fassung, wird zugestimmt.

**Abst.-**

**Erg.:**

**Einstimmig.**

12.1	Antrag der Kreistagsfraktionen von CDU und GRÜNE vom 10.06.2021: Starkregenhilfe für Hennef und Königswinter kurzfristig und unbürokratisch gewähren; Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 10.06.2021: Soforthilfen des Kreises; Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 10.06.2021: Soforthilfen des Kreises für Königswinter	
------	---	--

Der Landrat verwies auf die eingereichten Anträge der Kreistagsfraktionen von CDU und GRÜNE sowie auf die Anträge der SPD-Kreistagsfraktion. Er erinnerte, dass die Anträge unter diesem Tagesordnungspunkt gemeinsam beraten werden.

Der Landrat schlug vor, dass der Kreisausschuss dem Kreistag empfehle, der Stadt Hennef und der Stadt Königswinter eine Starkregenhilfe in Höhe von jeweils 25.000 Euro außerplanmäßig zur Verfügung zu stellen.

5. Sitzung des Kreisausschusses am 21.06.2021		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen- /Antrags-Nr.

Voraussetzung hierfür sei, dass beide Kommunen diesen Betrag ebenfalls selbst zur Verfügung stellen.

Abg. Dr. Bieber sagte, man könne gerne überfraktionell entscheiden, dass eine Kopplung an die gleiche Unterstützung der Kommunen erfolge, sodass der Rhein-Sieg-Kreis für die Kommunen jeweils 25.000 Euro zur Verfügung stelle.

Abg. Waldästl teilte mit, dass seine Fraktion sich dem Beschlussvorschlag anschließe.

**B.-Nr.**      **Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, der Stadt Hennef und der**  
**61/21**      **Stadt Königswinter eine Starkregenhilfe in Höhe von jeweils 25.000 Euro**  
**außerplanmäßig zur Verfügung zu stellen.**  
**Voraussetzung hierfür ist, dass beide Kommunen diesen Betrag ebenfalls**  
**selbst zur Verfügung stellen.**

**Abst.-**  
**Erg.:**      **Einstimmig.**

12.2	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 10.06.2021: So- forthilfen des Kreises	
------	--	--

Siehe TOP 12.1.

12.3	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 10.06.2021: So- forthilfen des Kreises für Königswinter	
------	---	--

Siehe TOP 12.1

13	Änderung von fünf Landschaftsplänen im Rhein-Sieg- Kreis	
----	---	--

Von der Tagesordnung abgesetzt.

5. Sitzung des Kreisausschusses am 21.06.2021		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen- /Antrags-Nr.

14	Abschluss einer Kooperationsvereinbarung mit den Kommunen des Rhein-Sieg-Kreises zum geförderten Breitbandausbau im Rahmen der "Grauen Flecken"-Förderung	
----	---	--

Der Landrat teilte mit, dass der Ausschuss für Wirtschaft, Digitalisierung und Tourismus am 14.06.2021 nicht getagt habe. Eine Beschlussempfehlung läge demnach nicht vor. Aufgrund der notwendigen Beschlussfassung sei folgender Eilbeschluss gem. § 50 Abs. 3 KrO NRW zu fassen.

Abg. Horst Becker ergänzte, man müsse sich mit der Frage auseinandersetzen, was man mit den Stellen mache, bei denen bis 100 MB vertraglich angeboten werden, jedoch lediglich dauerhaft nur bis zu 60 bis 70 MB verfügbar seien, sobald eine Vergabeförderung nach dem „Grauen Flecken-Programm“ vorliege. Er befürchte, es werde mit der geplanten Bundesförderung nicht einfach. Diese Punkte müssten mit den Kommunen kommuniziert werden.

**B.-Nr.**      **Der Kreisausschuss fasst folgenden Eilbeschluss gem. § 50 Abs. 3 KrO**  
**62/21**      **NRW:**

**Der Kreistag stimmt dem Abschluss der beigefügten Kooperationsvereinbarung mit den Kommunen zum geförderten Breitbandausbau im Rahmen der „Grauen Flecken - Förderung“ zu (Anhang 1).**

**Abst.-**  
**Erg.:**      **Einstimmig.**

5. Sitzung des Kreisausschusses am 21.06.2021		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen- /Antrags-Nr.
15	Bewerbung LEADER-Förderung 2021 - 2027	

Der Landrat teilte mit, dass der Ausschuss für Wirtschaft, Digitalisierung und Tourismus am 14.06.2021 nicht getagt habe. Eine Beschlussempfehlung läge demnach nicht vor. Aufgrund der notwendigen Beschlussfassung sei folgender Eilbeschluss gem. § 50 Abs. 3 KrO NRW zu fassen. Hinsichtlich der Finanzierung trug er ergänzend Absatz 2 des Beschlussvorschlages vor,

**B.-Nr.**      **Der Kreisausschuss fasst folgenden Eilbeschluss gem. § 50 Abs. 3 KrO**  
**63/21**      **NRW:**

**Der Rhein-Sieg-Kreis unterstützt das Vorhaben des Vereins „Region Bergisch-Sieg e.V.“, eine erneute LEADER-Bewerbung im Rahmen des NRW-Programms „Ländlicher Raum 2021-2027“ einzugehen.**

**Die Kämmerin wird gebeten, für die Inanspruchnahme eines Dienstleisters außerplanmäßig 50.000,- € bereitzustellen. Die Deckung ist durch Einsparungen innerhalb des Budgets (geringerer Aufwand für Messen) gewährleistet.**

**Abst.-**  
**Erg.:**      **Einstimmig.**

16	Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit der Bundesstadt Bonn bzgl. der Bestellbefugnis für interlokale Verkehre	
----	---	--

Der Landrat verwies auf die Beschlussvorlage.

**B.-Nr.**      **Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, die folgenden Beschlüsse zu**  
**64/21**      **fassen:**

- 1. Dem Abschluss der in Anhang 1 beigefügten öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Wahrnehmung von Bestellbefugnissen von Verkehrsleistungen zwischen der Bundesstadt Bonn und Rhein-Sieg-Kreis wird zugestimmt.**
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, die weiteren Schritte zur Umset-**

5. Sitzung des Kreisausschusses am 21.06.2021		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen- /Antrags-Nr.

zung wie z.B. die Genehmigung der Bezirksregierung Köln einzuholen, durchzuführen.

Abst.-

Erg.: Einstimmig.

17	Kommunales Integrationsmanagement (KIM) - hier: Übernahme Eigenanteile Kommunales Integrationsmanagement	
----	--	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales und Integration.

B.-Nr.  
65/21

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag eine Verringerung der Eigenanteile von ursprünglich 660.974 € auf 440.837 € vorzuschlagen und folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt für die bis zum 31.12.2022 befristete Einstellung von weiteren zweieinhalb VZÄ im KI zur Strategischen Steuerung des Gesamtprozesses KIM mit allen beteiligten Akteuren sowie einer halben VZÄ Verwaltungsassistenz im Modul 1 einen Eigenanteil von 123.634 € für die Monate Dezember 2021-Dezember 2022 überplanmäßig bereitzustellen, sofern das Land NRW die Verlängerung des Verwendungszeitraums der sog. Integrationspauschale nicht beschließt.

2. Die Verwaltung wird beauftragt für die bis zum 31.12.2022 befristete Einstellung von weiteren sieben VZÄ im KI für das Case Management zum Einsatz in den Kommunen im Modul 2 einen Eigenanteil von 234.670 € für die Monate Dezember 2021-Dezember 2022 überplanmäßig bereitzustellen, sofern das Land NRW die Verlängerung des Verwendungszeitraums der sog. Integrationspauschale nicht beschließt.

3. Die Verwaltung wird beauftragt für die bis zum 31.12.2022 befristete Einstellung von weiteren drei 0,75 VZÄ in der Einbürgerungsbehörde (zwei 0,75 VZÄ) und der Ausländerbehörde (eine 0,75 VZÄ) im Modul 3 einen Eigenanteil von max. 82.533€ für die Monate Dezember 2021-Dezember 2022 überplanmäßig bereitzustellen, sofern das Land NRW die Verlängerung des Verwendungszeitraums der sog. Integrationspauschale nicht beschließt.

5. Sitzung des Kreisausschusses am 21.06.2021		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen- /Antrags-Nr.

4. Die Verwaltung wird beauftragt eine Evaluation des Kommunalen Integrationsmanagement zum 30.06.2022 zu erstellen. Hieraus sollen insbesondere Erkenntnisse für die Haushaltsberatungen 2023 / 2024 generiert werden. Die Eckpunkte und Parameter einer solchen Evaluation werden dem Ausschuss für Soziales und Integration in seiner Herbstsitzung 2021 vorgestellt.

Abst.-

Erg.: Einstimmig.

18	Frauenhaus des Rhein-Sieg-Kreises; neue Entgeltordnung	
----	--	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales und Integration.

B.-Nr.

66/21

Der Kreisausschuss fasst folgenden Beschluss:

**Entgeltordnung für das Frauenhaus des Rhein-Sieg-Kreises**

1.

Für die Unterbringung im Frauenhaus des Rhein-Sieg-Kreises sind ab dem 26.04.2021 folgende Tagessätze zu entrichten:

Tagesmietsatz: 18,95 € pro Person pro Tag

Tagessatz für psychosoziale Betreuung: 35,66 € pro Person pro Tag

Tagessatz für Kinderbetreuung 35,66 € pro Person pro Tag

2.

Bei der Berechnung der zu zahlenden Entgelte ist der Einzugstag zu berücksichtigen, für den Auszugstag ist kein Entgelt zu zahlen.

Das Entgelt ist grundsätzlich vom Tag des Einzugs an zu entrichten. Sofern eine Bewohnerin nur für die Dauer von bis zu drei abrechnungsfähigen Tagen allein oder mit Kind/-ern im Frauenhaus war und keine Leistungen nach SGB II oder SGB XII in Anspruch genommen hat, wird auf das Entgelt für diese Zeit verzichtet.

3.

Diese Entgeltordnung tritt rückwirkend zum 25.04.2021 in Kraft.

Die Entgeltordnung in der Fassung vom 01.01.2008 tritt hiermit außer

5. Sitzung des Kreisausschusses am 21.06.2021		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen- /Antrags-Nr.

**Kraft und wird durch diese Regelung ersetzt.**

**Abst.-**

**Erg.:**

**Einstimmig.**

18.1	Änderung der Satzung des Rhein-Sieg-Kreises über die Förderung der Kindertagespflege und die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Kindertagespflege sowie den Besuch von Tageseinrichtungen für Kinder	
------	--	--

Der Landrat verwies auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

**B.-Nr.**

**67/21**

**Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag die Satzung über die Förderung der Kindertagespflege und die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Kindertagespflege sowie den Besuch von Tageseinrichtungen für Kinder zum 01.08.2021 um folgende Regelung zu ergänzen:**

**§ 10 Abs. 6 Satz 4 (neu):**

**Das vierte und jedes weitere Kind ist grundsätzlich von einem Elternbeitrag befreit.**

**Die entsprechende Neufassung der Satzung ist als Anlage 1 beigefügt.**

**Abst.-**

**Erg.:**

**Einstimmig.**

5. Sitzung des Kreisausschusses am 21.06.2021		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen- /Antrags-Nr.

18.2	Pandemiebedingte Aussetzung der Eltern-beiträge für Kindertagesstätten, Kindertagespflege und FOGS	
------	--	--

Der Landrat verwies auf die nachgereichte Beschlussvorlage der Verwaltung.

**B.-Nr.**      **Der Kreisausschuss fasst folgenden Beschluss:**  
**68/21**

Als Kompensation für die pandemiebedingten Einschränkungen des Regelbetriebes in den Kindertageseinrichtungen, der Kindertagespflege sowie im fördernden Offenen Ganztag (FOGS) und der Übermittagsbetreuung (Ümi) in der ersten Jahreshälfte 2021 beschließt der Kreisausschuss für den Monat Mai auf die Hälfte der Elternbeiträge zu verzichten.

**Abst.-**

**Erg.:**

**Einstimmig.**

19	Änderung der Hauptsatzung für den Rhein-Sieg-Kreis	
----	--	--

Der Landrat stellt fest, dass Wortmeldungen hierzu nicht vorlagen und schlug vor, die Beschlussfassung in die kommende Sitzung des Kreistages zu vertagen. Hierüber bestand Einvernehmen.

20	Änderung der Geschäftsordnung für den Kreistag des Rhein-Sieg-Kreises; digitale Gremienarbeit	
----	---	--

Der Landrat schlug vor, die Beschlussfassung zur Änderung der Geschäftsordnung ebenfalls in die kommende Sitzung des Kreistages zu vertagen und fragte, ob es Wortmeldungen gäbe.

Abg. Waldästl schlug vor, dass man die Punkte aus dem Änderungsantrag seiner Fraktion interfraktionell abstimmen könne, um dieses nicht in der Sitzung des Kreistages zu erledigen.

Abg. Dr. Bieber sagte, man könne sich interfraktionell gerne abstimmen und bemerkte zu Ziffer 1 des Änderungsantrages der SPD-Kreistagsfraktion, dass es bis heute keine einzige Beschwerde einer Fraktion hinsichtlich des

## 5. Sitzung des Kreisausschusses am 21.06.2021

TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen- /Antrags-Nr.
-----	---------------------	---------------------------

Antwortverhaltens des Landrates gäbe. Von daher könne er diese Änderung nicht nachvollziehen. Darüber hinaus verweis Abg. Dr. Bieber auf eine an den Bundestag gerichtete Anfrage, die eine Recherche über einen zurückliegenden Zeitraum von zehn Jahren beinhaltete. Die Antwort habe die Bundesregierung im Hinblick auf den unverhältnismäßigen Aufwand abgelehnt.

Aus diesem Grund halte er eine gewisse Flexibilität für den Umgang mit derartigen Anfragen für richtig.

Hinsichtlich Ziffer 2 des Änderungsantrages bemerkte Abg. Dr. Bieber, dass es in der Vergangenheit keine Probleme mit den Redezeiten in den Sitzungen gegeben habe. Er persönlich habe die Ansicht, dass starre Regelungen teilweise ausgenutzt würden. Durch die Flexibilität der Redezeiten sei gewahrt, dass Diskussionen sachverhaltsangemessen geführt würden. Die Ziffern 3 und 4 würde man wieder aufrufen wollen, wenn des Thema Streaming zu einem späteren Zeitpunkt seitens der Koalition behandelt werde.

Abg. Kemper entgegnete, seine Fraktion habe seinerzeit eine Anfrage zum Thema Wassernutzungsrechte gestellt. Von der Verwaltung des Kreises oder auch der Bezirksregierung habe man als Antwort erhalten, dass die Beantwortung der Anfrage zu aufwändig sei, da die Informationen nicht digital vorlägen. Dafür habe seine Fraktion kein Verständnis gehabt.

Er hoffe, dass die Regelungen, die man im Rahmen der neuen Geschäftsordnung für den Kreistag entscheide, mit möglichst großem Einvernehmen beschlossen werden. Hinsichtlich der Redezeit in den Sitzungen sollten diese Regeln konkret formuliert sein und die unabhängig von der jeweiligen Handhabung der Ausschussvorsitzenden-Funktion gelten.

Abg. Waldästl teilte mit, dass man Ziffer 3 und 4 des Änderungsantrages nicht erneut zur Abstimmung stellen wolle, da man bereits über den Tagesordnungspunkt „Streaming“ eine Entscheidung getroffen habe. Hinsichtlich der Ziffer 1 des Änderungsantrages würde man sich nochmal innerhalb der Fraktion austauschen.

An einer Regelung zur Redezeit in den Sitzungen würde man hingegen gerne festhalten wollen. Gegebenenfalls sei es möglich, dass man sich bis zur Sitzung des Kreistages in dieser Angelegenheit interfraktionell austausche.

5. Sitzung des Kreisausschusses am 21.06.2021		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen- /Antrags-Nr.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor.

Der Landrat stellte abschließend fest, dass eine Beschlussfassung über die Änderung der Geschäftsordnung für den Kreistag einvernehmlich in die kommende Sitzung des Kreistages vertagt werde.

21	Kenntnisnahme von Niederschriften	
----	-----------------------------------	--

21.1	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 10.03.2021	
------	---	--

Der Kreisausschuss nimmt von der Niederschrift Kenntnis.

21.2	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 22.04.2021	
------	---	--

Der Kreisausschuss nimmt von der Niederschrift Kenntnis.

21.3	Kenntnisnahme von der Niederschrift über das online-Beratungsgespräch des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft am 13.04.2021	
------	--	--

Der Kreisausschuss nimmt von der Niederschrift Kenntnis.

5. Sitzung des Kreisausschusses am 21.06.2021		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen- /Antrags-Nr.

22	Mitteilungen und Anfragen	
----	---------------------------	--

Der Landrat verwies auf die Vorlage bezüglich seiner Erklärung zu den im Jahre 2020 erzielten Einkünften aus Nebentätigkeiten und aus Gremientätigkeiten, die dem Hauptamt zuzurechnen sind, gem. § 17 Abs. 2 Korruptionsbekämpfungsgesetz.

Wortmeldungen hierzu lagen nicht vor.

Dann beendete der Landrat den öffentlichen Teil der Sitzung.

**Ende des öffentlichen Teils**